

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 17. Mai 2018** sowie in der nichtöffentlichen Sitzung des **Technischen Ausschusses am 7. Juni 2018** wurden Themen behandelt, die Gegenstand der heutigen Sitzung sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Zu Wort meldet sich Bürger 1, dessen Frage sich auf die geplante zweite Ausfahrt aus der Nordstadt bezieht. Er gibt zu bedenken, dass bei einer zweiten Ausfahrt im Bereich Ostpreußenring/Friedrichsfelder Straße Parkplätze entfallen müssten. Es existierten zurzeit 16 Stück, die die Anwohner bereits anteilig bezahlt hätten. Die Parkplatzsituation sei in diesem Bereich heute bereits sehr schlecht. Daher plädiere er dafür, dass die bereits existierende geschotterte Notausfahrt weiterhin als Ausfahrt genutzt wird. Bei einer eventuellen Ausfahrt aus dem Ostpreußenring befürchtet er ein Mehraufkommen des Verkehrs im Bereich Langer Sand, welche die Verkehrsteilnehmer in Richtung Brühl dann als Schleichweg benutzen könnten. Er wolle noch einmal betonen, dass er nicht generell gegen eine zweite Ausfahrt sei, ist jedoch der Meinung, dass man diese bereits mit dem Schotterweg hätte und warum man hier nicht den Status quo belasse.

Der Vorsitzende antwortet daraufhin, dass hier noch nichts entschieden sei und alles erst geprüft werden müsse.

Bürger 2 ist froh, dass für die Nordstadt nun etwas getan werde. Er bemängelt das Verkehrsaufkommen rund um die Comenius-Schule mit Kleinbussen. Hier wünsche er sich eine Lösung.

Bürger 3 gibt zu bedenken, dass die Anwohner aus der Nordstadt irritiert seien, da in der Presse immer wieder von einer zweiten Ausfahrt gesprochen werde. Für die Anwohner bedeutet die zweite Ausfahrt die Öffnung der Ausfahrt Friedrich-Ebert-Straße / Walter-Rathenau-Straße und nicht die Errichtung einer zweiten Ausfahrt aus der Nordstadt. Er bittet, die Begrifflichkeiten klarer zu trennen, auch in der Presse.

Weiterhin fragt er, ob es eine Bürgerbeteiligung geben wird, sollte dem Beschlussvorschlag stattgegeben werden. Der Vorsitzende antwortet, dass alle weiteren Entscheidungen öffentlich gemacht werden und die Stadt zu dem Komplex eine Bürgerbeteiligung plant.

Der Vorsitzende dankt allen beteiligten Bürgern für ihre Wortbeiträge und betont erneut, dass jetzt alles erst einmal geprüft werde und noch nichts entschieden sei.

TOP 3 Vereinheitlichung der Förderung der Kindertagespflege Vorlage: 2059/2018/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Er betont, dass man sich in Schwetzingen in der Betreuungssituation der Tagespflege stark verbessert habe. Momentan existierten etwa 30 Plätze bei Tageseltern und InFamilia. Jetzt gehe es darum, die Leitlinien dazu mit denen des Rhein-Neckar-Kreises zu vereinheitlichen, da dies die Steuerung einfacher mache. Ziel sei es, die Plätze attraktiv und den Beitrag für die Eltern stabil zu halten.

Die Stellungnahme von Frau Stadträtin Fackel-Kretz-Keller, SFW, ist in der Anlage beigelegt

Der Vorsitzende bestätigt, dass zurzeit viel mehr Kinder in Schwetzingen im Bedarf seien als die Statistiker vorausgesagt hatten. Er verweist auf den Kauf eines Anwesens in der Moltkestraße und auf weiteres Potential zur Aufstockung des Spatzennests, um hier mittelfristig weitere Betreuungsplätze zu schaffen.

Stadtrat Montalbano betont, dass seine Partei B 90/Die Grünen grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig und richtig finde. Jetzt seien aber auch die Arbeitgeber gefragt noch mehr zu tun. Deshalb richte er einen Appell an die Schwetzingener Unternehmen.

Beschluss:

Die Bezuschussung der „Kindertagespflege in geeigneten Räumen“ und die der Kindertagespflegepersonen, mit denen die Stadt Schwetzingen einen Fördervertrag abgeschlossen hat, wird vereinheitlicht und mit Ergänzungen neu geregelt.

Es gelten rückwirkend ab 01.01.2018 folgende Rahmenbedingungen für die Bezuschussung der Tagespflege und der „Kindertagespflege in geeigneten Räumen“:

- Die Stadt Schwetzingen bezuschusst die Tagespflege in Schwetzingen bei Kindern, die das 3. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die mit Hauptwohnsitz in Schwetzingen gemeldet sind mit 1,50 EUR pro Betreuungsstunde.
- In Fällen, in denen mit Vollendung des 3. Lebensjahres kein Kindergartenplatz zur Verfügung steht, kann der Betreuungszuschuss für einen Übergangszeitraum von maximal 6 Monaten weitergezahlt werden.
- Kann der Nachfragebedarf an Tagespflegeplätzen in Schwetzingen nicht gedeckt werden und besteht seitens einer Nachbarkommune Bereitschaft das Kind in einer dortigen Tagespflegeeinrichtung ausnahmsweise aufzunehmen, so kann die Stadt Schwetzingen bis maximal 2 EUR deren Zuschusssatz pro Betreuungsstunde übernehmen. Dies gilt auch für die beiden bisher in der Tagespflege in Plankstadt untergebrachten Schwetzingener Kinder bis zum Zeitpunkt der Vollendung des dritten Lebensjahres.
- Bezuschusst werden die vertraglich vereinbarten Betreuungsstunden.
- Der Zuschuss wird im Falle einer vorübergehenden Abwesenheit (Urlaub, Krankheit etc.) des Tagespflegekindes bei gleichzeitiger Betreuungsbereitschaft der Tagespflegeperson bis zu 4 Wochen weitergewährt.
- Die Zahlung des Zuschusses erfolgt nur bei Abschluss eines Betreuungsvertrages mit einer Laufzeit von mind. 3 Monaten und bei einer wöchentlichen Betreuungszeit von mind. 6

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 21.06.2018

Stunden. Sollte dieser vorzeitig beendet werden, werden die geleisteten Betreuungsstunden dennoch bezuschusst.

- Die Kosten für die Erstqualifizierung und eine jährliche Fortbildung pro Tagespflegeperson werden generell übernommen.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Umgestaltung der verkehrlichen Situation in der Schwetzinger Nordstadt Vorlage: 2053/2018

Sitzungsverlauf:

Als erstes wünscht Stadträtin Monika Maier-Kuhn den Begriff *barrierefrei* in der Vorlage in *barrieregerecht* umzubenennen.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Er betont, dass mit dieser Vorlage kein Präjudiz geschaffen wurde, sondern erst einmal der Auftrag für eine Grunduntersuchung gegeben werde. Es wird eine geeignete Bürgerbeteiligung stattfinden. Im Anschluss daran werde man sehen, was hier getan werden kann.

Laut Stadtrat Dr. Grimm, SFW, würde man der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie gerne zustimmen. Man unterstütze und danke der SPD für diesen Antrag. Die verkehrliche Situation der Nordstadt sei ja hinlänglich bekannt. Schon im Jahr 2006 habe es Forderungen aus den Reihen des Gemeinderats zu einer Verbesserung der Situation gegeben, damals noch von den Freien Wählern. Auch damals gab es hierzu kritische Stimmen, wie man sie auch heute gehört habe. Von daher ist eine Machbarkeitsstudie unerlässlich.

Stadträtin Sarina Kolb sagt, dass auch die CDU schon eine zweite Ausfahrt gefordert habe. Als Anwohnerin der Nordstadt ist es ihr ein besonderes Anliegen, dass die Stadt vor Ort mit den dort wohnenden Bürgern ins Gespräch komme, um größtmögliche Akzeptanz für eine Lösung zu erreichen. Bevor jedoch eine teure Machbarkeitsstudie beauftragt werde, solle die Angelegenheit doch erst einmal durch die Verwaltung geprüft werden. Die CDU stimmt daher mit Einschränkungen zu.

Die Stellungnahme von Stadtrat Müller, SPD, ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Montalbano fängt die Teilhabe für alle bei der Barrierefreiheit an. Seine Fraktion begrüßt, dass grundsätzlich der Fokus auf der Nordstadt liege. Das Geld für eine Machbarkeitsstudie sei hier sinnvoll angelegt. Offensichtlich bewege die Öffnung der Walther-Rathenau-Straße die Anwohner vor Ort. Auch die Parkraumregelung müsse angegangen werden. Auch eine Bürgerbeteiligung ist unerlässlich.

Laut Stadtrat Nerz müsse grundsätzlich etwas passieren. Wichtig sei die Einbeziehung der Anwohner in der Nordstadt.

Der Vorsitzende betont, dass die Nordstadt ja auch einen S-Bahn-Haltepunkt bekommen wird. Dies sei aus seiner Sicht die allerwichtigste infrastrukturelle Maßnahme für die Nordstadt in den nächsten Jahren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur verkehrlichen Situation in der Schwetzingen Nordstadt unter folgenden Gesichtspunkten zu erstellen:

1. Radwegsituation an neuralgischen Verkehrsstellen
2. Barrieregerechter Umbau der Bushaltestelle(n) Friedrich-Ebert-Straße
3. Öffnung der Ausfahrt Friedrich-Ebert-Straße/Walter-Rathenau-Straße
4. Errichtung einer zweiten Ausfahrt aus der Nordstadt (Ostpreußenring/Friedrichsfelder Straße)
5. Parkraumkonzept für die Nordstadt

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5 Verkehrliche Situation Rondell - Antrag Modellversuch
Vorlage: 2054/2018**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorgeschichte. Zwar müsse man sich bei allen Veränderungen an das Regelwerk der Straßenverkehrsordnung halten, dennoch sei er optimistisch, dass Schwetzingen die Ampeln am Rondell für Fahrzeuge nicht mehr benötige. Mit dieser Einschätzung sei man allerdings an höherer Stelle nicht durchgedrungen. Daher werde die Stadt Schwetzingen beim Land einen auf ein Jahr befristeten Modellversuch beantragen. Somit wolle man das Land von der Möglichkeit überzeugen. Es ergeben sich auch Analogien zum Schlossplatz.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Ackermann-Knieriem, Stadträtin Erny, Stadtrat Müller sowie Stadträtin Wang sind in der Anlage beigefügt.

Stadtrat Nerz bezeichnet das ampelfreie Thema als ein Dauerthema. Die B 535 biete die Chance, die man unbedingt nutzen solle, um hier zu einer besseren Lösung zu kommen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Regierungspräsidium einen Antrag zur Durchführung eines Modellversuchs hinsichtlich eines „ampelfreien“ Rondells zu stellen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Kosten Ausbau S-Bahn Rhein-Neckar (Achtung: geänderter Gesamtkostenanteil gegenüber der Vorlage; sh. Anlage Kostenentwicklung) Vorlage: 2069/2018

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert, dass das Gremium die Kostensteigerungen der S-Bahn bereits seit dem Jahr 2010 beschäftigt. Bis zum heutigen Tag hatte man keine aktuellen Planungskosten. Erfreulicherweise hat Landrat Dallinger in Gesprächen erreicht, dass das Land den Kostensteigerungsanteil deckelt. Jetzt sei man nur noch bei 13 Mio. EUR kommunalem Anteil insgesamt. Die Schwetzingen Kosten werden zur Hälfte vom Rhein-Neckar-Kreis übernommen. Insofern blieben bei der Stadt Schwetzingen Kosten in Höhe von 4.362.880 EUR.

Stadtrat Rupp sagt, wenn das Thema jetzt nicht so traurig wäre, müsste man jetzt lachen. Es ist Wahnsinn, wie schnell Planungen nicht mehr gelten. Das Beispiel mit der S-Bahn ist nur vergleichbar mit dem Flughafenbau in Berlin. Der Zug ist jetzt allerdings auf der Schiene und man könne nicht mehr abspringen. Die Erhöhung müsse man insofern leider mittragen. Man freue sich über die geplante optische Aufwertung der Unterführung und die Zusage der Bahn, dort zu streichen und zu säubern. Es ist allerdings unverständlich, weshalb die Bahn nicht von selbst darauf komme. Seine Fraktion ärgere sich jedoch über die Entwurfsplanung für den Haltepunkt Nord. Trotz des Neubaus des Haltepunkts bleibt der bisherige Bahnübergang bestehen. Das sei Absurdistan und auch im Hinblick auf den P+R-Parkplatz völlig absurd. Ebenso sei beim Hirschacker-Haltepunkt keine Unterführung/Unterquerung in Richtung des Konversionsgeländes geplant. Dennoch bringe der S-Bahn-Anschluss insgesamt eine Verbesserung für Schwetzingen.

Stadtrat Franz dankt dem Vorsitzenden für die einführenden Aufklärungen über den Kostenanteil. Ohne die Richtigstellung der in der Vorlage falsch dargestellten Kostenanteile hätte seine Fraktion den Beschluss ablehnen müssen. Der CDU sei nicht verständlich, wie diese Mehrkosten entstehen konnten. Die Fraktion findet die optische Aufwertung der Unterführung am Bahnhof an sich gut, sieht aber bei einer Ausstattung mit 3 großformatigen Bildern analog zur Schlossgarage eine Vandalismusgefahr. Sie wären eher für eine Graffiti-Zone, in der legal gesprayt werden könne. Das gäbe dem Ganzen einen jugendlicheren Touch.

Stadtrat Abraham sagt, so sehr seine Fraktion das Bahnfahren unterstütze, so sehr ärgere sie auch das Gebaren der Bahn. Am Ende solle man als Kommunalpolitiker das der Bürgerschaft verkaufen. Man hätte die Mehrkosten gerne anderweitig in der Stadt investiert. Man habe lange auf die zwei Haltepunkte gewartet, die nötig und richtig seien. Man wünsche sich allerdings auch, dass es jetzt bei diesen Kosten bleibe. Zudem befürworte man eine Unterführung an der Haltestelle Nordstadt, schon allein aus Sicherheitsgründen wegen der angrenzenden Schulen.

Beschluss:

Der Erhöhung des Kostenanteils der Stadt Schwetzingen an den S-Bahnhaltestellenkosten Schwetzingen – Nord und Schwetzingen – Hirschacker wird zugestimmt.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Stellungnahme zum Entwurf der FFH-Verordnung des Regierungspräsidiums
Karlsruhe
Vorlage: 2065/2018**

Sitzungsverlauf:

Der Oberbürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die 4 bestehenden FFH-Gebiete, die nicht alle in der Öffentlichkeit bekannt seien. Die Stadt stimme dem Entwurf des Regierungspräsidiums zu.

Stadträtin Maier-Kuhn dankt dem Regierungspräsidium Karlsruhe für die Vorarbeit.

Beschluss:

Der Stellungnahme zum Entwurf der FFH-Verordnung (FFH-Verordnung - FFH-VO) wie in der Vorlage dargestellt gegenüber dem Regierungspräsidium Karlsruhe wird zugestimmt.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Erlass der FFH-Verordnung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe gemäß § 36 Landesnaturschutzgesetz Baden-Württemberg und der damit einhergehenden Beteiligung der betroffenen Gemeinden nimmt die Stadt Schwetzingen zur Gebietsabgrenzung der auf dem Gebiet der Stadt Schwetzingen befindlichen Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) Stellung.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans
hier: Stellungnahme zur Beteiligung nach §4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 2068/2018

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Er erläutert weiterhin, dass von der Stadt Schwetzingen das Konversionsgelände und auch die Oststadterweiterung in den Flächennutzungsplan aufgenommen worden seien, gleichzeitig aber ein kleines Gewerbegrundstück in Richtung Bruchhäuser Straße aufgegeben worden sei. Auch die Bebauung des Pfaudler-Geländes sei nicht gefährdet. Dies werde auf jeden Fall genehmigt.

Stadträtin Maier-Kuhn weist darauf hin, dass sie nur für sich und nicht für die Fraktion spreche. Sie habe Vorbehalte wegen der möglichen Bebauung der Frischluftzone und der Aufgabe der Landwirtschaftsflächen, sollte die Oststadterweiterung realisiert werden.

Stadtrat Montalbano bemängelt, dass für die Oststadterweiterung landwirtschaftliche Premiumflächen geopfert würden. Dies stehe diametral zu den Aussagen der Stadt Schwetzingen bezüglich der Schwetzinger Wiesen. Seine Fraktion lehne daher die Vorlage ab.

Beschluss:

- Die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (**Anlage 3**) werden zur Kenntnis genommen.
- Der Gemeinderat stimmt dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans zu. Der entsprechende Ausschnitt für die Stadt Schwetzingen ist Abb.1 (**Anlage 1**) zu entnehmen. Der gesamte Planentwurf ist im Netz unter <http://www.nachbarschaftsverband.de/fnp/fnpneu.html> verfügbar.

Ja 23 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass auch im Stadtteil Hirschacker eine Nextbike-Station von der Bevölkerung gewünscht sei. Derzeit werde der Standort am Marktplatz geprüft. Die Stadt greife die Wünsche der Anwohner des Hirschackers sehr gerne auf. Eine zusätzliche Nextbike-Station sei hier trotz der Mehrkosten eine Bereicherung.

Stadtrat Dr. Sommer berichtet, dass beim Rad- und Fußweg gegenüber der Tompkins-Kaserne schon seit Monaten zwei Baumstämme quer liegen würden. Der Vorsitzende sagt, man werde dies prüfen.

Stadträtin Wang moniert, dass die Ampel bei der Bäckerei Utz zu Beginn der Friedrichstraße eine zu lange Grünphase für Fußgänger habe. Dabei gäbe es oft Rückstau bis in die Kreuzung am Bismarckplatz hinein. Bürger wären auf sie zugekommen und hätten gefordert, die Grünphase für die Fußgänger zu verkürzen. Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass ein Eingriff in die Ampelsteuerung das Gesamtgefüge der Kreuzung verändern würde und daher nicht einfach so machbar sei.

Stadträtin Erny verweist auf die katastrophale optische Ansicht einiger Müllbehälter in der Stadt und bittet hier um eine Verbesserung. Der Vorsitzende sagt, dass man bereits an diesem Thema dran sei.

Stadtrat Renkert berichtet, dass der Anwohner an der Hundewiese sich persönlich bei ihm über die dortige Situation beschwert habe. Der Vorsitzende sagt, dass man hier in permanentem Austausch mit dem Bürger sei und das Thema in der Verwaltung bekannt wäre.

Stadträtin Maier-Kuhn fragt, wann die Absperrung an der Einmündung Moltkestraße beseitigt werde, die dort für den Rückbau der Verkehrsinsel aufgestellt worden sei. Der Vorsitzende sagt, dass das Bauamt diesbezüglich Auskunft geben werde.

